

Elf Finanzämter sollen schließen

Dresden. Finanzminister Georg Unland (CDU) wird in den nächsten zehn Jahren 11 der 28 Finanzämter schließen. Einige Standorte seien bereits sehr klein, hätten nicht mal 100 Mitarbeiter. Die Gesamtzahl der Beschäftigten soll sich von rund 5800 um 336 verringern. Ziel seien 150 bis 500 Beschäftigte pro Standort. So werden die Finanzämter in Oschatz, Borna, Hohenstein-Ernstthal, Zschopau und Stollberg geschlossen, Schwarzenberg wird Fach-Finanzamt für spezielle Steuerarten. Bestehen bleiben Leipzig, Dresden, Chemnitz, Eilenburg, Grimma, Freiberg, Meißen, Pirna, Bautzen, Görlitz, Annaberg, Zwickau und Plauen. Das zum Jahresbeginn neu gegründete Landesamt für Steuern und Finanzen erhält die Zentrale in Dresden, Leipzig wird aufgelöst, Chemnitz Nebenamt. Die Sächsische Aufbaubank zieht von Dresden nach Leipzig, der Rechnungshof von Leipzig nach Döbeln. Veränderungen gibt es auch in anderen Ressorts:

Wirtschaftsministerium
Die fünf Straßenbauämter werden Anfang 2012 mit dem Autobahnamt in einem Landesamt für Straßenbau und Verkehr fusioniert. Zentrale wird Dresden, Niederlassungen sind in Bautzen, Leipzig, Meißen, Plauen und Zschopau vorgesehen.

Umweltministerium
In einem neuen Zentrallabor Grünes Zentrum in Nossen werden 2013/2014 neun Einrichtungen zusammen gezogen, außerdem eine Betriebsgesellschaft für Umwelt und Landschaft und Teile des Landesamtes für Umwelt und Geologie. Das Zentrallabor unterhält künftig vier Förderzentren in Nossen, Wurzen, Kamenz und Zwickau. Die Sächsische Umweltstiftung zieht nach Tharandt.

Wissenschaft sowie Kultus
Das Landesamt für Archäologie geht nach Chemnitz ins Haus der Archäologie im ehemaligen Kaufhaus Schocken. In Freital entsteht mit der Bildungsagentur und dem Sächsischen Bildungsinstitut ein Haus der Bildung. *S.H.*

Wurzen verliert sein Amtsgericht

Dresden. Justizminister Jürgen Martens (FDP) will im Laufe des nächsten Jahres auch die Landschaft der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Gefängnisse neu ordnen, um auf den Rückgang der Verfahrenszahlen zu reagieren. Er muss in seinem Bereich 640 Stellen bis 2020 abbauen, die Personalkosten sinken um etwa 100 Millionen.

Landgerichte
Die Landgerichte Bautzen und Görlitz werden fusionieren, Zentrale wird Görlitz, Bautzen bleibt Außenstelle. Die Außenkammern des Landgerichts Zwickau in Plauen werden geschlossen. Damit gibt es noch fünf Landgerichte.

Amtsgerichte
Die Amtsgerichts-Standorte in Wurzen und Annaberg entfallen. Oschatz wird Zweigstelle von Torgau, Hainichen Zweigstelle von Döbeln, Löbau Zweigstelle von Zittau, Stollberg Zweigstelle von Aue. Es wird zwei bis maximal drei Amtsgerichte pro Landkreis geben. Die Entfernung für die Bürger solle nicht größer als 30 bis 40 Kilometer sein, so Martens. Standorte wie Hoyerswerda und Weißwasser bleiben aus strukturellen Gründen bestehen.

Staatsanwaltschaften
Die Zweigstellen in Hoyerswerda und Zittau werden geschlossen.

Justizvollzugsanstalten
Ziel ist von zurzeit über 4000 Haftplätze bis 2020 noch 3800 Plätze vorzuhalten. Angesichts der schwindenden und älter werdenden Bevölkerung sinke auch der Bedarf, sagt Martens. Dennoch müsse laut Rechtsprechung eine wohnortnahe Unterbringung möglich sein. So werden die veralteten Gefängnisse in Zeithain (395 Haftplätze) und Zwickau (165 Plätze) geschlossen. Zuvor soll bis etwa 2016 gemeinsam mit Thüringen eine neue Haftanstalt für Südwestsachsen und Ostthüringen mit 500 Haftplätzen entstehen. Die Haftanstalt in Torgau mit derzeit 380 Plätzen wird zu einer Fachrichtung mit Schwerpunkt Sozialtherapie mit zirka 200 Haftplätzen reduziert. *S.H.*



Leipzig wartet auf ausführliche Informationen

Leipzig. Zurückhaltend hat der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) sich zu den Plänen der Landesregierung zur Verwaltungsstruktur geäußert. „Die Stadt ist bisher nicht umfassend informiert worden“, sagte der Rathauschef dieser Zeitung. Er warte auf ausführliche Informationen durch die Regierung. Solange die Zahlen und Fakten etwa über Arbeitsplatzgewinne oder -verluste nicht auf dem Tisch liegen, „kann ich den Sachverhalt nicht wirklich bewerten“.

Hintergrund: Leipzig verliert den Landesrechnungshof mit seinen 170 Mitarbeitern und erhält im Gegenzug die Sächsische Aufbaubank, die 950 Angestellte hat. Noch steht nicht fest, wie viele der Bank-Beschäftigten nach Leipzig kommen.

Der Leipziger CDU-Landtagsabgeordnete Wolf-Dietrich Rost unterstützte den Vorschlag des Kabinetts. „Auch wenn der zukünftige Präsident der Landesdirektion in Chemnitz sitzen wird, bleibt der Standort Leipzig gleichwertig mit Dresden und Chemnitz erhalten.“ Dies sei für die Leipziger immens wichtig, da die erste Außenstelle vor Ort bleibe. Zudem gewinne Leipzig neue Strukturen, da sowohl der Präsident der Sächsischen Bereitschaftspolizei als auch die Sächsische Aufbaubank zukünftig von Leipzig aus agieren sollten.

FDP-Stadtratsfraktionsvorsitzender Reik Hesselbarth begrüßte die Regierungsvorlage. Es sei eine „ebenso mutige wie richtige Entscheidung“. Der Umzug der Aufbaubank sei das zweite positive Ereignis für den Finanzstandort Leipzig innerhalb kurzer Zeit. Der Verbleib der Strombörse EEX sei bereits durch tatkräftigen Einsatz der Landesregierung gesichert worden. Nun komme die Aufbaubank in die Messesstadt. Hesselbarth: „Ich hoffe, dass hiervon ein positiver Impuls für die Entwicklung unserer Stadt ausgeht.“ Kritik kam von den Leipziger SPD-Landtagsabgeordneten Dirk Panter und Holger Mann. Panter sagte, das Ergebnis sei eine „immense Verunsicherung, nicht nur bei den Landesbediensteten, sondern auch bei Bevölkerung.“ Vertrauensbildend sei das keineswegs, Bürgernehe sehe anders aus. Mann sagte, die Reform der Mittelbehörden, der Landesdirektion, scheine in einem „teuren Etikettenschwindel stecken geblieben zu sein“.

Reaktionen „Wichtiger Erfolg für Chemnitz“

Leipzig. Die CDU-Fraktion beschrieb die Entscheidung für oder gegen Standorte als Kompromiss. „Der Regierung ist es jedoch gelungen, das Weniger an Ämtern im Land gerecht zu verteilen“, erklärte Vorsitzender Steffen Flath. Für FDP-Fraktionschef Holger Zastrow ist die Konzeption der Beweis für „Mut und Kraft bei der Realisierung großer politischer Ziele“. „Wir nehmen nicht etwa nur einige wenige kosmetische Korrekturen vor – nein, die neue Konzeption der Verwaltungsstandorte ist der fällige große Wurf.“

Freude lösten die Pläne indes in Chemnitz aus. Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig (SPD) sprach von einem „wichtigen Erfolg“. Angesichts wichtiger Standortentscheidungen zugunsten von Dresden und Leipzig sei die Chemnitzer Region unterrepräsentiert.

Im Muldental begrüßte der Landtagsabgeordnete der CDU Svend-Gunnar Kirms (Grimma) die Entscheidung, dass Grimma eines der zentralisierten Finanzämter erhält. „Als Teil eines ausgewogenen Standortkonzepts der sächsischen Landesregierung wird damit dem Potenzial der Stadt entsprochen“, erklärte er. Seine Landtags- und Parteikollegin Hannelore Dietzschold (Wurzen) bedauerte das Aus fürs Gericht. Dass quasi die letzte Landesbehörde weggehe, sei nicht gut fürs Mittelzentrum.

Bornas Oberbürgermeisterin Simone Luedtke (Linke) lobte die Tatsache, dass das Amtsgericht in ihrer Stadt bleibt, als „wichtig für den Kreissitz Borna“. Parteikollegin Heike Werner kritisierte, dass weitreichende Entscheidungen „in den Kommunen überhaupt nicht kommuniziert wurden“. Es sei immer schwierig, „wenn solche Entscheidungen in Hinterzimmern gefällt werden“.

Auch der DGB Sachsen kritisierte: „Das ist ein Umzugszirkus, der nicht fachlich begründet ist...“ Sachsens Verwaltung stehe in Gefahr, ihre Bürgernehe zu verlieren. Durch die Konzentration auf immer weniger Standorte würden die Wege für die Bürger weiter und auch die Beschäftigten müssen immer größere Anfahrtswege in Kauf nehmen, so die Vorsitzende des DGB Sachsen, Iris Klöppel. *just/rh*

Der große Umzug

Sachsen bündelt seine Behörden / Opposition skeptisch

Minus von 780 Millionen Euro bedeuten. Durch den Abbau von 17 000 der zurzeit 87 000 Stellen bis 2020 werde indes jährlich eine Milliarde Euro an Personalkosten gespart.

Mit der Reform werde nun die Voraussetzung geschaffen, dass Sachsen künftig Handlungsspielräume erhalte. Dafür werde es keine Masseneinstellungen geben. Vielmehr entsprechen der Stellenabbau „zufällig“ den Altersabgängen, so Tillich. Die Standortentscheidungen seien dabei ausgewogen für das ganze Land gefallen. Das Kabinett habe sich bewusst nicht nur auf die Metropolen konzentriert, sondern auch auf die ländlichen Gebiete.

Zu den größten Veränderungen gehören der in den nächsten Jahren geplante Umzug der Sächsischen Aufbaubank (SAB) von Dresden nach Leipzig – sie hat zurzeit rund 950 Mitarbeiter – und die Verlagerung des Rechnungshofes mit 170 Mitarbeitern von Leipzig nach Döbeln. Die Zentrale der Landesdirektion wird künftig in Chemnitz sein, während Leipzig und Dresden Außenstellen bleiben. Weitere Einschnitte sind aber im Gespräch. Über den künftigen Präsidenten soll noch im Februar entschieden werden. Die Verlagerung der SAB nach Leipzig sollen die Banken- und Börsenstandort weiter stärken, betonte Tillich.

Finanzminister Georg Unland (CDU) hat hochgerechnet, dass für Sanierung und Umbau der benötigten Immobilien insgesamt etwa 300 Millionen Euro nötig werden. Ausgaben, die sich binnen weniger Jahre amortisieren sollen. Dabei hofft Unland auf Synergien, wenn etwa ins Annaberger Amtsgericht künftig das Finanzamt zieht. Zugleich will der Minister Kosten sparen, in dem sich der Freistaat aus bisher gemieteten Objekten zurückzieht. Dazu gehört auch das umstrittene Leipziger Paunsdorf-Center, das Anfang der 90-er Jahre von einem Freund von Alt-Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU) gebaut worden war. Die Verträge laufen jedoch noch bis 2020. Daher kann auch der Umzug des Rechnungshofes noch einige Jahre dauern.

Viele Vorhaben sind ohnehin bis 2020 angelegt, im Mai sollen erste konkrete Pläne vorliegen. „Es wird keinen Big Bang geben, sondern schrittweise in unterschiedlichen Ge-

schwindigkeiten vorangehen“, betonte Justizminister Jürgen Martens (FDP), der die Regie der Reform führt. Es sei ein großer Erfolg für die schwarz-gelbe Koalition, so Martens, dass sich die Ministerien „gemeinsam auf den Weg gemacht haben und nicht vereinzelt“. Auch die Koalitionsfraktionen begrüßten die Schritte als richtig und wichtig.

Die Opposition wöhnt indes eine große Konzeptlosigkeit. „Außer Spesen nichts gewesen“, kritisierte SPD-Chef Martin Dulig den „Offenbarungseid der Staatsregierung“. Nach großspurigen Versprechungen werde es außer neuen Schildern und teuren Umzügen nichts geben. „Bürgernehe, Effizienz und fachliche Qualität bleiben wie schon bei der Kreisreform 2008 auf der Strecke“, monierte Grünen-Politikerin Eva Jähnigen. Anstatt einer Staatsmodernisierung lege die Regierung ein teures Konzept für Behördenumzüge vor. Auch Linke-Fraktionschef André Hahn fürchtete blinden Aktionismus und ein bürgerfernes, konzeptionsloses Standort-Roulette, das schwarz-gelbe Strukturdefizite weiter zementiere.

Weniger Stab, aber mehr Streifen

Innenminister Ulbig bereitet Abbau der Polizei vor – künftig nur noch fünf Direktionen



Der Dresdner Polizeihauptkommissar Olaf Kuhne im interaktiven Funkstreifenwagen. Foto: dpa

HINTERGRUND

Polizeidirektionen und -reviere

Leipzig: PD Leipzig, Reviere Leipzig-Mitte, Leipzig-Nord, Leipzig-Südost, Leipzig-Südwest. Weitere Standorte: Leipzig-Innenstadt, Leipzig-Nordost, Leipzig-West, Liebertwolkwitz, Böhligt-Ehrenberg.

Landkreis Leipzig: Reviere Borna, Grimma. Weitere Standorte: Geithain, Wurzen, Markkleeberg, Naunhof, Brandis, Hohburg, Nerchau, Colditz, Bad Lausick, Kitzscher, Frohburg, Regis-Breitungen, Grotzsch, Böhlen, Zwenkau, Markranstädt, Neukieritzsch.

Landkreis Mittelsachsen: Reviere Döbeln, Freiberg, Mittweida, Rochlitz. Weitere Standorte: Brand-Erbisdorf, Burgstädt, Flöha, Sayda, Penig, Hainichen, Frankenberg, Leisnig, Roßwein, Waldheim, Hartha, Ostrau.

Landkreis Nordsachsen: Reviere Delitzsch, Eilenburg, Torgau, Oschatz. Weitere Standorte: Schkeuditz, Leipzig-Flughafen, Taucha, Krostitz, Bad Dübau, Dommitzsch, Beilrode, Belgern, Dahlen, Wermisdorf, Müggeln. *Quelle: Innenministerium*

Dresden. Seit Monaten schlug sie hohe Wellen, mit der gestrigen Kabinettsentscheidung ist nun auch die Reform der sächsischen Polizei entschieden. Damit wird es statt der zuletzt sieben künftig nur noch fünf Polizeidirektionen geben – in Leipzig, Dresden, Chemnitz, Görlitz und Zwickau. Die Direktionen Westsachsen in Leipzig und Oberes Elbtal-Osterzgebirge in Dresden entfallen. Zugleich werden die bisher 72 rund um die Uhr besetzten Polizeireviere auf 41 Standorte reduziert. Geplant sind zwei bis vier Reviere pro Landkreis, je vier in Leipzig und Dresden sowie zwei in Chemnitz.

Aufgabe von Innenminister Markus Ulbig (CDU) ist es dabei, von derzeit 13 911 Stellen im Polizeidienst 2631 abzubauen, so dass 2020 noch 11 280 Stellen bleiben. Der Rückgang soll allein über Altersabgänge erfolgen, außerdem soll jedes Jahr Platz für 300 Berufsanfänger sein, um die Polizei zu verjüngen, betonte Ulbig.

Der Minister will dabei die Zahl der Streifenbeamten ohne jedweden Abbau bei fast 2700 Stellen belassen. Dies sei Kern des Konzeptes. Die Zahl der Bürgerpolizisten wird sogar um zehn auf 434 aufgestockt. Mit neuen interaktiven Streifenwagen werde der Service vor Ort zudem verbessert. Dafür würden Führung, Stab und Verwaltung allein in den Polizeidirektionen um knapp 32 Prozent reduziert – von knapp 3100 auf rund 2100 Stellen. „Um den Streifenfendist in der bisherigen Stärke erhalten zu können, muss die Zahl der Reviere und damit das Führungs- und Verwaltungspersonal verringert wer-